

vermitteln, um damit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Das Weiterbildungssystem sollte so weit als möglich in Form von Modulen angeboten werden, die sich zu Ausbildungsblöcken zusammensetzen und in die traditionelle Bildungshierarchie eingliedern lassen.

Was den Zugang von Nicht-Maturanten zu postsekundären Bildungsangeboten betrifft, plädiert der Beirat für die rasche Umsetzung der politischen Einigung zur „Berufsreife“. Die Integration der dualen Berufsausbildung in das Bildungssystem wurde bereits dadurch gefördert, daß die Berufsschule formal in die Sekundarstufe integriert wurde.

2.1.6. Weiterbildung zwischen unmittelbarer Verwertbarkeit und Transferierbarkeit

Für die Weiterbildung muß ein Kompromiß zwischen zwei widersprüchlichen Anforderungen gefunden werden. Weiterbildung ist unmittelbar und kurzfristig dann am erfolgreichsten, wenn sie für einen konkreten Arbeitsplatz erfolgt. Andererseits sollten in der Weiterbildung transferierbare Qualifikationen (z. B. Fremdsprachen- und EDV-Kompetenz) vermittelt werden, die vielleicht noch nicht unmittelbar eingesetzt werden können, aber die Voraussetzung für künftige wirtschaftliche und technische Entwicklungen darstellen.

Die Unternehmen sind grundsätzlich an der Weiterbildung für unmittelbar verwertbare Fähigkeiten interessiert. Der Bildungsauftrag der Schule kann jedoch sinnvollerweise nicht auf die Vermittlung unmittelbar beruflich verwertbarer Qualifikationen beschränkt werden.

Die Weiterbildung ist ein Anliegen der Unternehmen und der Erwerbstätigen, das in der Regel eigenverantwortlich ohne staatlichen Einfluß wahrgenommen wird. Das Angebot der Weiterbildung orientiert sich auch weitgehend an den betrieblichen Erfordernissen, der Arbeitsmarktpolitik kommt dabei eine flankierende und unterstützende Rolle zu.

Gerade vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedeutung der beruflichen Weiterbildung ergibt sich nicht zuletzt die Notwendigkeit einer Neubetrachtung der Lehrpläne in den Schulen. Die Gründe für erforderliche Beschränkungen in der Erstausbildung sind vielschichtig. Zu nennen sind u. a. die Gefahr einer inhaltlichen und zeitlichen Überfrachtung.

Die Vorstellungen von „Allgemeinbildung“ sind einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Eine moderne Berufsausbildung ist u. a. von der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen abhängig. In diese Richtung ging in den letzten Jahren die Anwendung von Informationstechnologien, die Forcierung des Fremdsprachenunterrichts und die Einführung schulautonomer Bestimmungen. Die berufliche Weiterbildung kann dann unmittelbar an schulisch erworbene Grundkenntnisse anknüpfen.

2.1.7. Berufsinformation

Eine Grundvoraussetzung für eine effiziente Ausbildungspolitik ist die fundierte und umfassende Berufsorientierung der Jugendlichen sowie die In-

formation der Erwachsenen über die breite Palette der Weiterbildungsmöglichkeiten (via Datenbanken und zentrale Informationsstellen).

Die Ausbildungs- und Berufswahl scheint sich nach wie vor zu sehr an momentanen individuellen Interessen und Präferenzen statt an den langfristigen Berufschancen zu orientieren. Kostenlose Ausbildung für private Interessen mit nachfolgender kostenloser Umschulung bedeutet gesamtwirtschaftlich und -gesellschaftlich eine ineffiziente Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Forderung nach einer Verbesserung der Berufsberatung für Maturanten ist nach wie vor aktuell, obschon durch den Ausbau von Studien- und Berufsinformationsmessen sowie Beratungszentren bereits Fortschritte erzielt wurden. Die Berufsinformationszentren sollten verstärkt auch auf die Bedürfnisse erwachsener Ratsuchender ausgerichtet werden.

Für die Hauptschule und AHS-Unterstufe haben die Sozialpartner ein Konzept zur Neugestaltung von Berufs- und Bildungswegorientierung erarbeitet, dessen Umsetzung in der Arbeitsgruppe des Unterrichtsministeriums vorangetrieben werden sollte.

2.1.8. Lehrlingsausbildung

Die duale Berufsausbildung hat zweifellos ihre Verdienste für die Integration junger Menschen in das Arbeitsleben. Sie hat sicherlich in den letzten Jahrzehnten zur Verbesserung des Facharbeiterangebots für die Wirtschaft und zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit beigetragen.

Reformen sind jedoch auch in diesem Bereich notwendig: Nur eine breit angelegte berufliche Erstausbildung, die verstärkt auf die Vermittlung immer wichtiger werdender sozialer und kommunikativer Fähigkeiten abstellt, wird den notwendigen Beitrag zur Sicherung des Standorts Österreich und zur Motivation zu berufsbegleitender Weiterbildung leisten können.

Im Bereich der Lehrlingsausbildung ist eine bedarfsorientierte Ausbildung in breiter angelegten Lehrberufen anzustreben. Die Sozialpartner einigten sich deshalb auf die Etablierung von „Gruppenlehrberufen“ mit Fachrichtungen.

Weiters soll der Anteil technisch hochwertiger Lehrplätze erhöht werden. Jugendliche müssen stärker zu technisch hochqualifizierten Lehrberufen motiviert werden, gleichzeitig sollten Lehrplätze in diesen Bereichen besonders forciert werden. Die Sozialpartner einigten sich unter anderem auf eine Förderung der Lehrwerkstätten. In einfacheren Lehrberufen sind die Abwanderungsquoten oft sehr hoch, Umschulungen in andere, berufsfremde Bereiche nicht selten.

Die Möglichkeit für Lehrabsolventen, über entsprechende Bildungsgänge eine „berufliche Reife“ (mit Hochschulberechtigung) erlangen zu können, ist ein wesentlicher Schritt zur Aufwertung des Facharbeiters.

Im Bereich der dualen Berufsausbildung sind aber nicht nur qualitative Weiterentwicklungen, sondern auch akute quantitative Probleme zu bewältigen. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um den Folgen des sinkenden